

stab für ihr Buch erhebt. Sie zeigt, wie die in einem großen Teil der Literatur stereotype Klage über den Rückgang der Geburtenrate (»the demographic lament«) dazu tendiert, alle anderen Aspekte der Demographie, aber auch die Geschichte von Geburt, Kindheit und Elternschaft auszublenden. Sie weist nach, daß die Kategorien des Zensus die wirtschaftliche Aktivität von Frauen systematisch unterbewerten und es so unmöglich machen, die Bedeutung der informellen Wirtschaft, aber auch das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre richtig einzuschätzen. Betont Gerard Noiriel, wie unvollständig, ja falsch unser Bild der französischen Arbeitswelt ohne die Figur des Immigranten ist, zeigt uns Reynolds »den« Arbeiter, Arbeitslosen und Streikenden als Frau. Die Diskussion darum, in welcher Form Frauen – als kooptierte Stadtverordnete, als Minister, als Journalistinnen, als Kopf eines politischen Salons, in Parteien, Komitees und auf der Straße – am politischen Leben der III. Republik teilnahmen, mündet in das Bild einer alternativen politischen Kultur und läßt im Kontrast die Charakteristika der etablierten politischen Kultur schärfer hervortreten.

Nicht zuletzt hinterfragt Reynolds den Begriff von Politik, der einer politischen Geschichte unter Ausschluß der Frauen zugrundeliegt. So genügt es, den Alltag einer Sozialarbeiterin nachzuzeichnen, um sie als Teil der politischen Maschinerie des französischen Staates zu erleben. Ist die öffentliche Meinung ein Faktor der Außenpolitik, kann man die Friedensbewegung und die Rolle der Frauen in der Friedensbewegung nicht übersehen. Freilich: »The terms of the treaty of Versailles are not going to be altered by knowing that a parallel women's suffrage conference was being held alongside« (S. 225). Der historische Wandel, den eine solche Konferenz im Vergleich zum 19. Jahrhundert markiert, ist dennoch der Beachtung wert. Gerade weil Reynolds die Grenzen ihres Forschungsansatzes sieht und die Leistung der von ihr kritisierten Historiker hervorhebt, ist ihr differenziertes, im besten britischen Essay-Stil geschriebenes Buch so lesenswert.

*Sabine Rudischhauser, Bonn*

Atina Grossmann, *Reforming Sex. The German Movement for Birth Control and Abortion Reform, 1920–1950*, Oxford UP, Oxford etc. 1995, 304 S., geb., 32,50 £.

Atina Grossmann wählte für ihre instruktive Studie über die vielfältigen Initiativen für Sexualreform in Deutschland in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mit gutem Grund die beiden Nachkriegszeiten als zeitlichen Rahmen ihrer Untersuchung. Nach dem Ersten Weltkrieg »entdeckte« die Weimarer Republik die Familie als Objekt einer neuen, umfassenden und klassenübergreifenden Sozialpolitik. Die Familie – zumal die kinderreiche – wurde in der Weimarer Verfassung ausdrücklich unter staatlichen Schutz gestellt. In den 1920er Jahren entfaltete sich, unter maßgeblicher Initiative und gegenseitiger Konkurrenz von Sozialdemokraten und Kommunisten, im Bereich der Geburtenkontrolle, Sexualberatung und Familienplanung ein vielfältiges und intensives sozialpolitisches Engagement auf staatlicher, kommunaler, gemeinnütziger und privater Ebene, das bis 1918 staatlicherseits abgeblockt worden war.

Dabei beschreibt die Autorin auch bislang weniger bekannte Zusammenhänge, etwa die Aktivitäten einer umtriebigen Laienbewegung für sexuelle Reform, die stark von allgemeinen gesundheitspolitischen und sozialen Zielen geleitet war und politisch in der Sozialdemokratie ihre Heimat hatte. In Vorträgen und Beratungen wurden einem anfangs vorwiegend männlichen Publikum Informationen über Geschlechtskrankheiten und

Empfängnisverhütung vermittelt. Fliegende Händler vertrieben Antikonzeptiva an der Wohnungstür. Bald verstanden es jedoch die Produzenten von Verhütungsmitteln, die Laienbewegung, die sich in Vereinen organisierte, mit ihren Geschäftsinteressen zu verbinden. In Club-ähnlichen Veranstaltungen wurden Verhütungsmittel vorgestellt, die ausschließlich an »Mitglieder« unter Abzug der Gewinnspanne von Apotheken verkauft wurden. Über das Vehikel der geschlossenen Veranstaltungen für Mitglieder konnte das Werbeverbot für solche Mittel umgangen werden. Allmählich integrierten sich Ärztinnen und Ärzte in die Bewegung für Sexualreform. Grossmann schildert, wie seit Mitte der 1920er Jahre ein dichtes Netz an kommunalen Beratungsstellen, Forschungseinrichtungen (Magnus Hirschfelds Institut für Sexualforschung) und Kliniken entstand und wie ein zunehmendes Engagement der KPD auf dem Feld der Sexualreform am Ende der Weimarer Republik geradezu ein tragendes Element ihrer praktischen Politik jenseits einer ansonsten überwiegend klassenkämpferischen Rhetorik wurde. Die Autorin entfaltet in ihrer Studie nicht nur die Geschichte einer Reformbewegung, die für das geistige Klima der Weimarer Republik und für die Ansätze einer neuen Sozialpolitik geradezu als paradigmatisch gelten kann, sondern sie beschreibt auch ihr langsames Ende in den materiellen Sachzwängen von Kommunen, Ländern und Reich während der Weltwirtschaftskrise, und sie schildert ihre Zerschlagung und partielle Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten und die Vertreibung der führenden Aktivisten ins Exil.

Zudem geht es in diesem Buch auch um den zweiten epochalen politischen Bruch am Ende des Zweiten Weltkriegs. In der zweiten Nachkriegszeit wurden noch vor Gründung der beiden deutschen Staaten die Weichen für zwei unterschiedliche Wege in der Familienpolitik und Sexualreform gestellt, die beide bereits in der Weimarer Republik angelegt waren und von den Nationalsozialisten verfemt, aber auch adaptiert wurden: In den westlichen Besatzungszonen und in der frühen Bundesrepublik wurden – mit generöser finanzieller Unterstützung der Rockefeller Foundation, auf der Grundlage alter persönlicher deutsch-amerikanischer Verbindungen aus den 1920er Jahren und nicht zuletzt im Kontext eines vehementen Antikommunismus – das individuelle Arzt-Patientin-Verhältnis, die Vermeidung von Abtreibungen, die Ermutigung zum »Willen zum Kind« und allenfalls eine diskrete Familienplanung zu tragenden Säulen einer Familienpolitik, die dominierend von der 1952 gegründeten Organisation »Pro Familia« vertreten wurde.

Schon die Namensgebung dieser Einrichtung versuchte alle Assoziationen in Richtung auf Geburtenkontrolle, medizinische und sozialpsychologische Forschungen über Sexualität und ihre Popularisierung zu vermeiden, weil diese in der westdeutschen Öffentlichkeit der 1950er Jahre eher mit den politischen Konjunkturen einer anti- oder pronatalistischen Bevölkerungspolitik in Diktaturen als mit den sexualreformerischen und emanzipatorischen Ansätzen der 1920er Jahre verbunden wurden. Erst in den 1980er Jahren verwandelte sich »Pro Familia« in eine Institution, die verschiedene Formen der Familienplanung und Sexualberatung anbot.

Die führenden Protagonisten der Familienpolitik und Sexualreform, die in der Bundesrepublik wirkten, rekrutierten sich – anders als in der DDR – nicht aus dem Kreis linker Emigranten, sondern eher aus der Gruppe derer, die während des Nationalsozialismus in Deutschland geblieben waren. Beispielhaft stellt die Autorin die wissenschaftliche und persönliche Biographie Hans Harmsens vor, der als Demograph und Mediziner in der evangelischen Inneren Mission in den 1920er Jahren begonnen und in deren Einrichtungen während des »Dritten Reiches« beratend an Selektionen von Personen teilgenommen hatte, die zwangsweise sterilisiert wurden. Harmsen wurde 1952 Präsident von »Pro Familia«. Dazu kamen die jüngeren Kollegen, die nach der Vertreibung der älteren, meist jüdischen Ärztinnen und Ärzte schnell in Karrierepositionen aufgestiegen waren. Von den Emigrantinnen und Emigranten, die oft nur unter großen Schwierig-

keiten wissenschaftlich oder praktisch im Ausland weiterarbeiten konnten, kehrte nach 1945 kaum jemand in die Bundesrepublik zurück.

In der SBZ und späteren DDR hingegen wurde die Weimarer Tradition der kommunalen Beratungsstellen für Frauen und vor allem das integrierte Modell der Sexualberatung und medizinischen Betreuung in Gesundheits- und Klinikzentren wiederaufgenommen. Aufgebaut wurde diese Infrastruktur in führenden Positionen von politischen Emigranten, die den Nationalsozialismus, aber auch die stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten. Häufig stammten sie aus jüdischen Familien und waren bereits während der 1920er Jahre in der Bewegung für Sexualreform aktiv gewesen, wie etwa Friedrich Wolf, Martha Ruben-Wolf und Lothar Wolf, Helene Overlach, Franziska Rubens oder Martha Arendsee. Das Abtreibungsverbot der UdSSR im Jahr 1936 stellte für diese kommunistischen Ärzte und Sexualreformer die entscheidende politisch-ideologische Herausforderung und persönliche Enttäuschung dar. Denn sie hatten sich in der Weimarer Republik vehement für die Abschaffung des Paragraphen 218 eingesetzt und die Sowjetunion als leuchtendes Vorbild in der Geburten- und Familienpolitik gefeiert. Die spätere stalinistische Familienpolitik stellte jedoch ein neues Argumentationsmuster bereit, auf das auch die SED im Jahr 1950 zurückgreifen konnte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren Abtreibungen nach den massenhaften Vergewaltigungen durch die Rote Armee in der SBZ nach Sonderregelung pragmatisch durchgeführt worden. Es folgte seit 1947 eine kurze Phase der halbherzigen Liberalisierung des Paragraphen 218 in Gestalt eines Indikationsmodells, bis 1950 die gesetzlichen Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch auf die medizinische, ethische und eugenische Indikation eingeschränkt wurden. In einer dialektischen Volte argumentierte die SED, Schwangerschaftsabbrüche aus sozialen Gründen seien in einer Gesellschaft, die den Sozialismus aufbaute, nicht mehr nötig, weil die materiellen Lebensgrundlagen allgemein gesichert seien.

Der vorliegenden Studie gelingt es, die in aller Regel biologistische und trocken-distanzierte Fachsprache der zeitgenössischen Demographen, Eugeniker und sozialpolitischen Experten für das, was man seit der Jahrhundertwende »soziale Hygiene« nannte, dort, wo ihre Beiträge für den Diskurs der Sexualreformer bedeutsam wurden, ins Allgemeinverständliche zu übersetzen. Die Stärke der Argumentation liegt im Aufspüren des Wandels gesellschaftlicher Definitionen, Wertschätzungen und Stigmatisierungen.

Dabei wird mehr als deutlich, daß sich keine einfachen Kontinuitäten über die politischen Systemwechsel hinweg feststellen lassen. Am Beispiel der Diskussionen um die Sterilisierung betont die Autorin, daß die Anerkennung der (freiwilligen) Sterilisierung als legitimes Mittel der Bevölkerungspolitik am Ende der Weimarer Republik ihre Protagonisten nicht automatisch zu Vorläufern der antinatalistischen Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten machte. Wohl aber half sie den Boden bereiten für eine zunehmende Akzeptanz der zwangsweisen Sterilisierung von Menschen, die als »rassisch minderwertig« oder als »asozial« stigmatisiert wurden. Unterschiedliche politische Kontexte konnten die Wirkungen sexualreformerischer Überlegungen fundamental verändern oder in ihr Gegenteil verkehren. Aus diesem Grund changierte das Urteil über die Weimarer Reformer und Reformerrinnen, die sich für Geburtenkontrolle und Streichung des Paragraphen 218 engagiert hatten, im Urteil der westdeutschen Nachwelt extrem zwischen Dämonisierung und Romantisierung: Sie konnten von christlich-konservativer Seite als Vorläufer der nationalsozialistischen Rassenpolitik gebrandmarkt, von der Neuen Linken aber auch als Vorkämpfer/Vorkämpferinnen der zweiten Frauenbewegung nach 1968 gefeiert werden.

*Karin Hartewig, Berlin/Jena*